



Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 5. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter
Markus Kurze
(CDU)

Denkmalpflege und Lutherjubiläum

Das Land Sachsen-Anhalt förderte über die Denkmalpflege unseres Landes seit vielen Jahren die Sanierung wichtigen Kulturgutes. Daher gibt es mittlerweile zahlreiche Fördervereine, in denen sich viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ehrenamtlich engagieren. Heimat- und Brauchtumpflege ist identitätsstiftend und ein wichtiger Bestandteil unseres Gemeinwesens.

Ich frage die Landesregierung:

1. Beabsichtigt das Land vor dem Hintergrund des Lutherjubiläums nur noch unmittelbare Lutherprojekte zu fördern und die Förderung der Sanierung von Kirchen im Land einzustellen?
2. Gibt es Möglichkeiten die „Straße gotischer Flügelaltäre“ im Kirchenkreis Elbe-Fläming mit Hilfe des Landes touristisch zu vermarkten und die Sanierung der Kirchen mit Hilfe der Denkmalpflege voranzutreiben, bevor die 15 gotischen Altäre aus dem 15. Jahrhundert aus den zum Teil sehr stark sanierungsbedürftigen Kirchen ausgelagert werden müssen?

2. Abgeordnete
Prof. Dr. Claudia Dalbert
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Fortbildungsthemen für Lehrerinnen und Lehrer

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie rechtfertigen Sie die Durchführung einer Werbeveranstaltung für die Tönnies Fleischwerk GmbH & Co. KG als Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer der berufsbildenden Schulen und Sekundarschulen unter dem Titel: „Tönnies“ - eines der modernsten Unternehmen für Qualitätsfleisch innerhalb Europas? (Fortbildungsnummer 11F203014 im Programm der staatlichen Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer 2011/2012)
2. Wird die Landesregierung diese Fortbildungsveranstaltung aus dem Programm nehmen?

3. Abgeordneter
Wulf Gallert
(DIE LINKE)

Rückkehrer-Kampagne der Landesregierung

Am 2. Juli und 3. Juli dieses Jahres berichteten Mitteldeutsche Zeitung, Volksstimme und die Altmarkzeitung über die Offensive der Landesregierung zur Rückholaktion von Fachkräften. Dabei wurde ausgeführt, dass die Initiative „Pfiff“ laut Aussage des Ministerpräsidenten 3.000 Familien nach Sachsen-Anhalt zurückgeholt hat.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Art und Weise hat die Landesregierung diese Zahl ermittelt bzw. woher hat die Landesregierung die Erkenntnis, dass die Aktion „Pfiff“ für die Entscheidung zur Rückkehr nach Sachsen-Anhalt ausschlaggebend war?
2. Auf welche Regionen und Branchen konzentrieren sich die entsprechenden Fachkräfte schwerpunktmäßig und auf welchen Zeitraum bezieht sich die Angabe 3.000 Familien?

4. Abgeordnete
Monika Hohmann
(DIE LINKE)

Umzug des Landesjugendamtes

Ich frage die Landesregierung:

Wie gestalten sich die Planungen bzw. der aktuelle Stand hinsichtlich des laut Koalitionsvertrages vorgesehenen Umzuges des Landesjugendamtes in das Ministerium für Arbeit und Soziales?

5. Abgeordneter
Gerald Grünert
(DIE LINKE)

Modellrechnungen zur Novelle des Finanzausgleichsgesetzes (FAG)

Am 11. August 2011 legte die Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Verbandsgemeindengesetzes nebst Begründung gemäß Abschnitt I der Landtagsinformationsvereinbarung (LIV) dem Landtag vor. Derzeit befindet sich der genannte Entwurf in der Anhörung. Mit dem Gesetz sind umfangreiche Veränderungen bei den kommunalen Zuweisungen in den Jahren 2012 und 2013 geplant, die vom Gesetzgeber hinreichend zu würdigen sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann beabsichtigt die Landesregierung, dem Landtag als Gesetzgeber die Modellrechnungen, die dem oben genannten Gesetzentwurf zu Grunde gelegt werden und aus denen sich die Höhe der Zuweisungen nach dem FAG für jede einzelne Kommune in den Jahren 2012 und 2013 ergeben, vorzulegen?
2. Wann beabsichtigt die Landesregierung, den überarbeiteten Gesetzentwurf und die dazugehörigen Modellrechnungen nach den Anhörungen in den Landtag einzubringen, aus denen sich die Höhe der Zuweisungen nach dem FAG für jede einzelne Kommune in den Jahren 2012 und 2013 im Vergleich zu Punkt 1 ergeben?

6. Abgeordnete
Evelyn Edler
(DIE LINKE)

Mehr Kompetenzen für Ortschaftsräte nach der Gemeindegebietsreform

Wie der Mitteldeutschen Zeitung vom 29. August 2011 zu entnehmen war, sollen die Ortschaftsräte in den Einheitsgemeinden bald mehr zu sagen haben. Nach dem Willen des Innenministers soll dafür die Gemeindeordnung überarbeitet werden. Dies würde bedeuten, dass nach der Gemeindegebietsreform die Ortschaftsräte mehr Kompetenzen gegenüber den Einheitsgemeinderäten erhalten würden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie und unter welcher Maßgabe will die Landesregierung die Ortschaftsräte stärken, jedoch gleichzeitig die Rechte der Gemeinderäte nicht beschneiden?
2. Was soll sich bis wann nach dem Willen der Landesregierung in der Gemeindeordnung ändern, um den Ortschaftsräten mehr Kompetenzen einzuräumen?

7. Abgeordnete
Dorothea Frederking
BÜNDNIS 90/ DIE
GRÜNEN

Energetische Nutzung der Braunkohle

In dem gemeinsamen Positionspapier der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg mit dem Titel „Neuausrichtung der Energiepolitik in Deutschland nur unter Berücksichtigung der Nutzung der Vorteile der heimischen Braunkohle“ (vom 12.05.2011) wird betont, dass Braunkohle-Kraftwerksneubauten zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen führen und Braunkohlestrom preiswert erzeugt wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viel Tonnen Kohlendioxid würde ein neues Braunkohlekraftwerk mit einer Leistung von 660 MW pro Jahr mehr emittieren, wenn auf der anderen Seite die zurzeit betriebenen Kraftwerke Deuben, Mumsdorf und Wähilitz abgeschaltet werden?
2. In welcher Höhe muss der Betreiber des Braunkohlekraftwerkes Schkopau die in den 90er Jahren gewährte Investitionsbeihilfe in Höhe von 600 Millionen DM an das Land zurückerzahlen?